



Schwäbisch Gmünd, 02.07.2018  
Gemeinderatsdrucksache Nr. 124/2018

Vorlage an

**Gemeinderat**  
zur Bekanntgabe  
- öffentlich -

## **Finanzzwischenbericht für den Zeitraum Januar bis 22. Juni 2018**

### **Anlagen:**

Finanzzwischenbericht Zeitraum Januar bis 22. Juni 2018

### **Vorbemerkung**

In der Anlage legen wir den Finanzzwischenbericht für den Zeitraum Januar 2018 bis 22. Juni 2018 vor. Es zeichnen sich folgende Entwicklungen ab:

### **Verwaltungshaushalt:**

Die **Einnahmen** (ohne innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten) liegen bei 44,55% des Jahressolls.

Bei der **Grundsteuer A** und **B** wird das Jahressoll aus heutiger Sicht erreicht.

Bei der **Gewerbesteuer** liegen die bis zum Juni 2018 veranlagten Einnahmen bei rd. 15,85 Mio. €. Dies entspricht 49,5% des Plansolls von 32 Mio. €. Aufgrund dieser Entwicklung geht die Verwaltung - derzeit - davon aus, dass der geplante Ansatz von 32 Mio. € bis zum Jahresende voraussichtlich erreicht werden kann.

Den **Finanzzuweisungen vom Land** (Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft und Investitionspauschale) konnte bei der Planung 2018, basierend auf dem Haushaltserlass vom 19.06.2017 und der Fortschreibung vom 21.11.2017 nach dem Ergebnis der November-Steuerschätzung 2017, ein Grundkopfbetrag von 1.319,00 € zugrunde



gelegt werden. Die mit der Mai-Steuerschätzung prognostizierte Erhöhung des Grundkopfbetrags auf 1.326,00 € liegt den Berechnungen der Zuweisungen zur zweiten Teil-

zahlung 2018 zum kommunalen Finanzausgleich zugrunde. Zwischenzeitlich hat das Statistische Landesamt auch die maßgebende Einwohnerzahl zum 30.06.2017 bekanntgegeben. Danach können 60.651 Einwohner berücksichtigt werden. Auf Basis der geänderten Einwohnerzahl (+251 Personen) und des erhöhten Grundkopfbetrags können voraussichtlich Mehreinnahmen in Höhe von 1,05 Mio. € verzeichnet werden.

Die Einnahmen aus der kommunalen Investitionspauschale errechnen sich nach der zweiten Teilzahlung 2018 auf 43,80 € (Vorjahr 41,30 €) je umgerechneten Einwohner. Die Planung basiert auf einem Jahresbetrag von 83,60 € (Vorjahr 77,00 €). Nach der Mai-Steuerschätzung 2018 wird die Kommunale Investitionspauschale voraussichtlich 84,90 € je umgerechneten Einwohner betragen.

Beim **Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer** sind mit der am 02.05.2018 fälligen ersten Teilzahlung rd. 8,411 Mio. € (Vorjahr 7,789 Mio. €) eingegangen. Dies entspricht rd. 25,89% des Jahressolls von 32,49 Mio. €. Hinzu kommen noch rd. 0,612 Mio. € aus der Abrechnung 2017, so dass insgesamt 9,023 Mio. € (27,77% des Jahressolls) eingegangen sind.

Der Planansatz 2018 beruht auf einem Aufkommen von 6,607 Mrd. €. Die Mai-Steuerschätzung sieht keine Änderung vor.

Nach der zweiten Teilzahlung 2018 beträgt der auf die Gemeinden entfallende **Umsatzsteueranteil** 490 Mio. € (Vorjahr 405 Mio. €). Hieraus resultieren Einnahmen von 3,067 Mio. € (Vorjahr 2,288 Mio. €). Aus der Abrechnung des Umsatzsteueranteils 2017 konnten im ersten Quartal 2018 zusätzlich 0,030 Mio. € (Vorjahr 0,036 Mio. €) eingenommen werden.

Auch hier werden nach der Mai-Steuerschätzung keine Änderungen prognostiziert.

Beim **Familienleistungsausgleich** wurden die Zuweisungen mit der Mai-Steuerschätzung nach unten korrigiert. Der zweiten Teilzahlung 2018 liegt ein Zuweisungsbetrag von 489,60 Mio. € zugrunde; die Planung basiert auf 489,80 Mio. €. Die Einnahmen betragen unter Berücksichtigung der Abrechnung des Vorjahres insgesamt 1,201 Mio. € (Vorjahr 1,155 Mio. €).

Die Zuweisungen zur **Kindergartenförderung** entsprechen nach der zweiten Teilzahlung 2018 der im Haushaltsplan etatisierten Einnahmeposition. Die Jahreszuweisung in der Kindergartenförderung beträgt 2.313,57 € (Vorjahr 2.379,41 €) je gewichtetes Kind. Ursächlich für den Rückgang der Zuweisung je gewichtetes Kind um derzeit 65,84 € ist der Anstieg der betreuten Kinder insgesamt. Im Finanzausgleichsjahr 2017 errechneten sich die Zuweisungen aus einer gewichteten Kinderzahl von 222.121,2; im Jahr 2018 beträgt die gewichtete Kinderzahl 228.434,5.

Bei der **Kleinkindbetreuung** liegt der Jahresbetrag nach der zweiten Teilzahlung 2018 bei 14.549,75 € (Vorjahr 13.826,58 €) je gewichtetes Kind. Die Jahreszuweisung nach der Zahl der betreuten Kinder beträgt damit für Schwäbisch Gmünd rd. 3,521 Mio. € und führt gegenüber der Planung zu Mehreinnahmen von voraussichtlich 0,406 Mio. €. Bei der Planung musste von einer Zuweisung von 12.876,21 € ausgegangen werden.



Die veranschlagten Einnahmen 2018 beim **Schullastenausgleich** basieren bereits auf den Sachkostenbeiträgen nach der Schullastenverordnung für das Jahr 2018. Die Einnahmen nach der zweiten Teilzahlung 2018 entsprechen der Planung.

Das Land beteiligt sich in den Jahren 2017 und 2018 voraussichtlich mit je 90 Mio. € an den Integrationslasten der Gemeinden (**Integrationslastenausgleich**). Nach dem neu geregelten § 29d Finanzausgleichsgesetz werden die Mittel im Verhältnis der zum 15. September des laufenden Jahres aus den Flüchtlingszugängen des Landes im Zeitraum 01.01.2015 bis 29.02.2016 in der jeweiligen Gemeinde befindlichen Personen (Anschlussunterbringung zuzüglich Familiennachzug) verteilt. Die Daten werden durch die Stadt- und Landkreise in Abstimmung mit den kreisangehörigen Gemeinden dem Statistischen Landesamt bis zum 15. Oktober des laufenden Jahres übermittelt. Die Zuweisung für das Jahr 2017 beläuft sich dadurch auf rd. 0,309 Mio. €. Für das Jahr 2018 wurden 0,300 Mio. € in den Haushalt eingestellt.

Die Einnahmen aus der **Vergnügungssteuer** liegen mit rd. 668 Tsd. € bei ca. 55% des Jahressolls.

Bei der **Hundesteuer** werden die Jahressteuerzahlungen im 1. Quartal fällig. Die Sollstellungen liegen mit rd. 242 Tsd. € bereits über dem geplanten Haushaltssoll von 235 Tsd. €. Hier macht sich die vom Gemeinderat beschlossene Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer und die damit verbundene Erhöhung der Steuer zum 01.01.2018 (erste Stufe) bemerkbar. Im Vorjahr lag das Anordnungssoll bei rd. 215 Tsd. €.

Die **Finanzausgleichs- und Kreisumlage** liegen mit insgesamt 23,15 Mio. € auf dem geplanten Niveau.

Bei den **Personalausgaben** sind bis zum 22. Juni 2018 rd. 45% des Jahressolls ausgegeben.

Für die Planung der Personalausgaben 2018 wurde eine Steigerung der Beschäftigtenentgelte von 2,75% angenommen. Der Tarifabschluss für den Geltungsbereich des TVöD sieht nun durchschnittlich 3,19% Entgeltanhebungen zum 01.03.2018 vor, jedoch nicht linear, sondern unterschiedlich gestaffelt nach Entgeltgruppen und Entgeltstufen. Aktuell laufen noch die Redaktionsverhandlungen zur Festlegung tariflicher Detailfragen zum TVöD-VKA mit einer anschließenden Implementierung der Gehaltstabellen in den DV-Fachverfahren. Die Nachzahlungen können voraussichtlich erst im September 2018 erfolgen. Bis dahin sind Hochrechnungen zu den erwartenden Personalausgaben auf Jahressicht mit einer Unschärfe verbunden.

Derzeit geht die Verwaltung davon aus, dass trotz des höheren Tarifabschlusses die geplanten Personalausgaben in Höhe von 45,8 Mio. € auf Jahressicht knapp auskömmlich sind.

Insgesamt belaufen sich die Ausgaben auf 44,17% des um innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten bereinigten Haushaltsvolumens.



## Vermögenshaushalt

Aus der **Veräußerung von Anlagevermögen** sind rd. 1,725 Mio. € eingegangen. Dies sind rd. 29,7% des Jahressolls.

Davon entfallen rd. 1,70 Mio. € auf den Verkauf unbebauter Grundstücke. Dies entspricht rd. 29% des für die Veräußerung von Bauplätzen veranschlagten Planwerts von 5,799 Mio. €.

Insgesamt konnten im Berichtszeitraum für 10 Wohn- und Gewerbebauplätze Einnahmen verbucht werden. Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren für 26 Bauplätze kassenmäßige Einnahmen zu verzeichnen. Im Jahresverlauf wird noch mit weiteren Bauplatzverkäufen, insbesondere in den Baugebieten „Neues Wohnen an der Osterlängstraße“ in Lindach, „Taubental“, „Steighalde“ in Bettringen „Holder II“ in Großdeinbach und „Teckstraße Süd“ in Hussenhofen gerechnet. Hinzu kommen noch konkret bevorstehende Veräußerungen von Gewerbeflächen, so dass zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen wird, dass die für Grundstückserlöse veranschlagten 5,799 Mio. € bis zum Jahresende erreicht werden können.

An **Beiträgen** sind bisher rd. 494 Tsd. € eingegangen. Davon rd. 108 Tsd. € auf Haushaltseinnahmereste aus dem Vorjahr und rd. 386 Tsd. € auf das Plansoll 2018. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus Erschließungsbeiträgen, Beiträge für die Landschaftsentwicklung, Beiträge für den Breitbandausbau und Strukturbeiträge für das Wohnraumförderprogramm. Weitere Einnahmen werden im Zuge der Erschließung und Vermarktung der Baugebiete erwartet.

**Zuweisungen und Zuschüsse** werden entsprechend dem Baufortschritt abgerufen. Für die zusätzlichen Krippengruppen im Kindergarten Lindach wurden Fördermittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes zur Kinderbetreuungsfinanzierung in Höhe von 120.000 € für 10 Betreuungsplätze bewilligt. Für die zusätzlichen Krippenplätze im Kindergarten Emerland in Straßdorf ist ebenfalls ein Förderantrag gestellt.

Zur Schaffung eines touristischen Rundwegs mit Erlebnis- und Aufenthaltsstationen im Rahmen der Remstal Gartenschau 2019 wurde aus dem Tourismusinfrastrukturförderprogramm 2018 eine Zuwendung in Höhe von 111.217 € bewilligt.

Aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds des Bundes stehen für die Stadt Zuschussmittel in Höhe von 1.388.661,29 Mio. € zur Verfügung. Die Stadt wird die Mittel für folgende Maßnahmen einsetzen: Energetische Sanierung Dach und Fassade der Uhlandschule, energetische Sanierung der Fassade der Stauferschule und die Sanierung der Heizungsanlage in der Stauferschule. Alle Maßnahmen wurden in den Gremien vorgestellt und befinden sich in der Umsetzung.

Aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) wurden im Frühjahr für die städtische Maßnahme „Neugestaltung der Ortsmitte in Bargau“ Fördermittel in Höhe von 256.000 € bewilligt.



Die angekündigten Bundesmittel für die Digitalisierung der Schulen lassen weiter auf sich warten. Nach aktuellen Informationen des Städtetags Baden-Württemberg ist mit einer Ausreichung von Bundesmitteln nicht vor 2019 zu rechnen.

Eine **Kreditermächtigung** ist im Haushaltsplan 2018 nicht enthalten. Die als Haushaltseinnahmerest aus dem Jahr 2017 übertragene Kreditermächtigung in Höhe von 570.000 € wurde bisher noch nicht in Anspruch genommen.

Die **Ausgaben** im Vermögenshaushalt liegen bei rd. 10,35 Mio. €. Diese sind größtenteils (rd. 7,13 Mio. €) auf gebundene Haushaltsreste und auf Fortsetzungsmaßnahmen aus dem Vorjahr zurückzuführen.

In **Baumaßnahmen** wurden rd. 5,52 Mio. € investiert. Der Ausgabenschwerpunkt im Berichtszeitraum lag auf folgenden Maßnahmen:

- Gemeinschaftsschule Friedensschule Erweiterungsbau Nord und Anpassung Altbau
- Gemeinschaftsschule Mozartschule Generalsanierung Betonbau und Altbau
- Schiller-Realschule Generalsanierung und Aufstockung
- Stauferschule energetische Sanierung Fassade
- Uhlandschule energetische Sanierung Dach und Fassade
- Kindergarten Emerland Straßdorf Schaffung einer zusätzlichen Krippengruppe
- Investitionen Remstal Gartenschau 2019
- Neubau Feuerwehrhaus in Rechberg
- Kulturzentrum Prediger Baumaßnahmen
- Großsporthalle Katharinenstraße Sanierung des Gebäudes
- Sanierungsgebiet „Hardt“ – Vergabe Ausbau der Oberbettringer Straße
- Sanierung der Weiler Straße in Unterbettringen
- Ausbau der L 1075 im Bereich Reitprechts

Für den **Erwerb von Grundstücken** wurden bisher rd. 1,37 Mio. € investiert. Diese Ausgaben entfallen zum Teil auf gebundene Haushaltsausgabereste bzw. auf Verpflichtungsermächtigungen aus dem Vorjahr. Darin enthalten sind 690 Tsd. € für Freilegung und Baureifmachung und hier insbesondere für die Abbrucharbeiten der Firma Nomatec in Lindach.

Beim **Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens** wurden bisher rd. 1,15 Mio € ausgegeben. Davon rd. 100 Tsd. € für Lehrmittel, Einrichtungsgegenstände, Sportgeräte und die digitale Medienentwicklung an städtischen Schulen, ca. 43 Tsd. € für die Ausstattung von Kindertageseinrichtungen und rd. 300 Tsd. € für Fahrzeuge und Maschinen für das Baubetriebsamt. Die Stadtbibliothek hat für Medienbeschaffungen rd. 40 Tsd. € aufgewendet. In die Ausstattung von Hallen, Sportanlagen und Spielplätzen wurden rd. 108 Tsd. € investiert. Im Bereich Freiwillige Feuerwehr liegen die Ausgaben bei rd. 516 Tsd. €. Darin enthalten sind 511 Tsd. € für die Beschaffung von zwei Mittleren Löschfahrzeugen für die Feuerwehrabteilungen Rechberg und Degenfeld.



Von den 417 Tsd. € an **Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen** entfallen rd. 164 Tsd. € auf Investitionszuweisungen für nichtstädtische Kindergärten und Kinderkrippen.

An Sportvereine wurden Zuschüsse in Höhe von rd. 62 Tsd. € ausbezahlt. Zuschüsse zum Kauf von Wohnbauplätzen (Familienkomponente) wurden in Höhe von 40.000 € verrechnet. Zur Förderung von Investitionen an der Johanniskirche wurden 40 Tsd. € ausbezahlt.

Für **ordentliche Tilgungen** wurden bisher rd. 1,15 Mio. € ausgegeben. Umgeschuldet wurden 740.720 €. Die vom Gemeinderat mit der Drucksache 092/2017 beschlossene Sondertilgung in Höhe von 400.000 € aus dem Ergebnis 2016 wurde kassenmäßig zum 15.02.2018 vollzogen.